



IW-Policy Paper 2/2018

Gesamtwirtschaftliche Effekte einer Ausdehnung der öffentlichen Investitionen

Simulationsrechnungen für Deutschland
Tobias Hentze, Galina Kolev

Köln, 19.02.2018

Kontaktdaten Ansprechpartner

Tobias Hentze
Telefon: 0221 4981-748
E-Mail: hentze@iwkoeln.de

Galina Kolev
Telefon: 0221 4981-774
E-Mail: kolev@iwkoeln.de

Institut der deutschen Wirtschaft
Postfach 10 19 42
50459 Köln

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Einleitung	5
2 Deskriptive Statistik und theoretischer Hintergrund	5
2.1 Deskriptive Statistik	6
2.1.1 Konjunkturelle und strukturelle Effekte öffentlicher Investitionen	7
2.1.2 Auswertung vorliegender Studien	7
3 Modellannahmen und Szenariendefinition	9
4 Ergebnisse der Modellsimulationen	11
4.1 Vergleich der Effekte von Investitionen, Konsum und Transfers	11
4.1.1 Ausmaß einer Investitionsausdehnung	14
5 Fazit und Handlungsempfehlungen	17
Literatur	18
Abstract	20
Macroeconomic effects of public investments – simulative calculation for Germany	20
Tabellenverzeichnis	21
Abbildungsverzeichnis	21

JEL-Klassifikation:

E17: Allgemeine makroökonomische Modelle, Prognosen und Simulationen

E62: Fiskalpolitik, Öffentliche Ausgaben, Öffentliche Investitionen und Finanzierung,
Steuerwesen

F41: Makroökonomie offener Volkswirtschaften

Zusammenfassung

Höhere öffentliche Ausgaben können einen Beitrag zur wirtschaftlichen Dynamik in Deutschland leisten. Öffentliche Investitionen erweitern die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, sodass sie langfristig reale Einkommenssteigerungen mit sich bringen. In vielen Bereichen, beispielsweise beim Ausbau des Glasfasernetzes, der Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur oder im Bildungssystem, besteht ein Investitionsdefizit, das die Entwicklung des Wachstumspotenzials in Deutschland bremst. Eine Ausweitung der Investitionstätigkeit des Staates ist aus strukturellen Gründen daher sinnvoll.

Angesichts der bereits relativ hohen Kapazitätsauslastung würde ein sehr kräftiger Anstieg der staatlichen Investitionsausgaben allerdings mittelfristig zu wesentlich höheren Preisen führen und daher einen Teil der realen Wirkung auf die Wirtschaftskraft verfehlen. Ein Nebeneffekt steigender Preise wäre der Verlust der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Die unerwünschten Effekte treten umso mehr ein, je stärker die Steigerung der Staatsausgaben durch eine Anhebung der Transferzahlungen oder des staatlichen Konsums statt durch ein Plus an Investitionen erfolgt. Dies ist das Ergebnis von Simulationsrechnungen anhand des Oxford Global Economic Model (OGEM).

Hieraus kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass öffentliche Investitionen zwar verstärkt, aber eben auch gezielt eingesetzt werden müssen, um die Attraktivität Deutschlands als Produktionsstandort und den Wohlstand des Landes zu sichern. Aufgrund der unmittelbaren Konkurrenz bei der Verwendung von Haushaltsmitteln ist abzuwägen, inwieweit diese in der aktuellen Situation eher für einen Abbau der Staatsverschuldung oder für eine systematische Steuerreform genutzt werden sollten.

1 Einleitung

Die Bedeutung öffentlicher Investitionen für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft hat im Bundestagswahlkampf eine zentrale Rolle eingenommen. Alle in den Bundestag eingezogenen Parteien betonten, wie wichtig öffentliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur für die deutsche Volkswirtschaft seien. Bei der Konkretisierung der Zielvorgabe, staatliche Investitionen zu stärken, zeigten sich ausgehend von den Wahlprogrammen allerdings erhebliche Diskrepanzen. Die Union forderte, das derzeitige Niveau mindestens zu verstetigen (CDU/CSU, 2017, 19). Die FDP sprach sich allgemein dafür aus, die Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu erhöhen, ohne dieses Ziel jedoch zu spezifizieren (FDP, 2017). Die Grünen regten an, pro Jahr 12 Milliarden Euro zusätzlich in die Zukunft des Landes zu investieren (Bündnis90/Die Grünen, 2017, 224). Bei der SPD (2017) war im Wahlkampf die Rede von zusätzlichen 12 Milliarden Euro Bildungsausgaben pro Jahr und von 30 Milliarden Euro Ausgaben für die Infrastruktur in den kommenden vier Jahren (FAZ, 2017; Zeit Online, 2017). Insgesamt wäre das ein Plus von knapp 20 Milliarden Euro pro Jahr, wobei nicht jeder Euro statistisch als Investition gebucht würde. DIE LINKE rief das Ziel aus, jährlich 120 Milliarden Euro in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur zu investieren (DIE LINKE, 2017, 40). Die AfD setzte sich ein „Konjunkturprogramm Infrastruktur“ zum Ziel (AfD, 2017, 62).

Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden die gesamtwirtschaftlichen Effekte einer Ausweitung der Staatsausgaben in Deutschland anhand des Oxford Global Economic Model geschätzt, wobei der Fokus auf der Wirkung von Investitionen liegt. Der Aufbau der Studie ist wie folgt: Im nächsten Abschnitt werden der Investitionsbegriff diskutiert und die Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Deutschland dargelegt. Im Anschluss daran werden die Annahmen und die Herangehensweise der Simulation der gesamtwirtschaftlichen Effekte öffentlicher Investitionen vorgestellt. In Kapitel vier werden die Ergebnisse der Simulationsrechnungen präsentiert. Das Papier endet mit einigen Handlungsempfehlungen.

2 Deskriptive Statistik und theoretischer Hintergrund

Das Motiv für eine private wie öffentliche Investition ist die Erweiterung vorhandener Kapazitäten, um zukünftiges Wachstum zu ermöglichen. Ausgehend von den Parteiprogrammen ist es kaum möglich zu beurteilen, inwieweit es sich im Einzelnen tatsächlich um Ausgaben von investivem Charakter handelt, das heißt Ausgaben, die langfristig das Produktionspotenzial des Landes steigern, indem sie den gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock oder das Bildungsniveau erhöhen. In der öffentlichen Debatte wird teilweise auch dann von Investitionen gesprochen, wenn es sich statistisch um konsumtive Ausgaben handelt. Beispiele für konsumtive Ausgaben sind die Einstellung von Lehrern und der Kauf von Lehrmaterial. Die Renovierung des Schulgebäudes stellt dagegen eine Investition dar.

Die Unterscheidung zwischen investiven und konsumtiven Ausgaben des Staates lässt zunächst kein Urteil über die Qualität einer Ausgabe zu, da von beiden Ausgabearten Wachstumsimpulse ausgehen können. Eine leistungsfähige Verwaltung mit qualifizierten Mitarbeitern ist zum Beispiel eine wesentliche Voraussetzung für effektive Investitionen. Um jedoch zukünftige Kapazi-

täten in der Volkswirtschaft erweitern und damit die Voraussetzungen für andauerndes Wirtschaftswachstum schaffen zu können, sind Investitionen im Sinne der statistischen Abgrenzung von immenser Bedeutung.

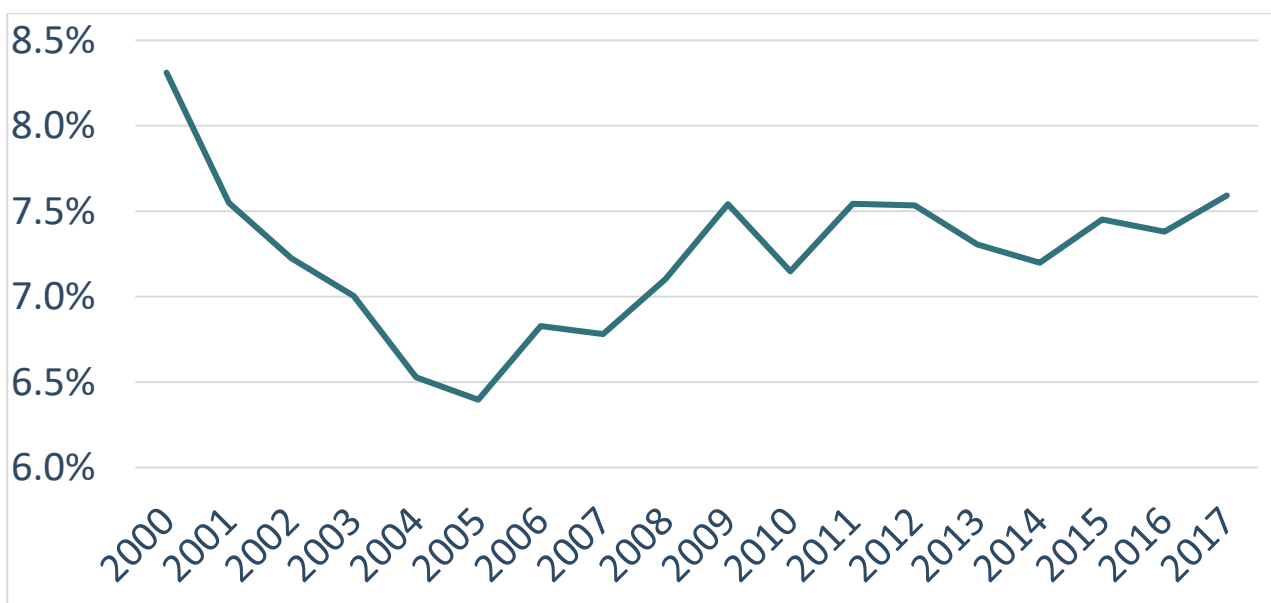
2.1 Deskriptive Statistik

Von einer neuen Bundesregierung kann in jedem Fall eine Stärkung der öffentlichen Investitionen in Deutschland erwartet werden. Dabei kann sich die Politik unter anderem auf den Befund des Bundesfinanzministeriums stützen, das mit Blick auf Bildungseinrichtungen, Digitalisierung und Verkehrsinfrastruktur ein bestehendes Investitionsdefizit der öffentlichen Hand ausmacht (BMF, 2017). Ein Beleg dafür ist, dass die öffentlichen Investitionen gemessen an den staatlichen Gesamtausgaben derzeit geringer als zu Beginn des Jahrhunderts sind. Allerdings hat sich das Niveau seit dem Tiefstand im Jahr 2005 erholt. Im Jahr 2017 liegt die öffentliche Investitionsquote, also der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben, auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) voraussichtlich bei rund 7,6 Prozent (Abbildung 2-1).

Statistisch ist bei den öffentlichen Investitionen zwischen der Kassenstatistik und den VGR zu unterscheiden. Nach der Kassenstatistik hat die öffentliche Hand in Deutschland im Jahr 2016 rund 86,4 Milliarden Euro für Investitionen ausgegeben (Statistisches Bundesamt, 2017a), nach den VGR ist der Wert rund 20 Milliarden Euro geringer (Statistisches Bundesamt, 2017b). Insgesamt ist der Investitionsbegriff nach der Kassenstatistik weiter gefasst, da auch Finanzinvestitionen berücksichtigt sind. Gleichzeitig gehen nicht alle Positionen der VGR in die Kassenstatistik ein. Der grundsätzliche Befund eines Investitionsdefizits gilt aber übereinstimmend anhand der VGR und der Kassenstatistik (Bardt et al., 2017, 27 f.).

Abbildung 2-1: Investitionsquote der öffentlichen Hand

Investitionen von Bund, Ländern und Gemeinden, in Prozent der Gesamtausgaben



Wert für 2017 geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2017b

2.1.1 Konjunkturelle und strukturelle Effekte öffentlicher Investitionen

Von staatlichen Investitionen werden positive Auswirkungen sowohl auf den gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock und somit die Attraktivität des Produktionsstandorts Deutschland als auch auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung erwartet. Zum einen handelt es sich hierbei um einen nachfrageseitigen Wachstumsimpuls mit einer entsprechenden Multiplikatorwirkung auf die Volkswirtschaft. Zum anderen führen öffentliche Investitionen – ähnlich wie private Anschaffungen von Investitionsgütern – zu einer Steigerung des produktiven Kapitalstocks und somit zu einer Erhöhung des Produktionspotenzials. Allerdings trifft diese Einschätzung nicht per se zu. Denn nicht jede statistisch als Investition erfasste Staatsausgabe ist zwangsläufig sinnvoll und erweitert die Kapazitäten im Verkehrs- oder Bildungsbereich. Beispielsweise zählt eine neue Straße in einem abgelegenen Gebiet ohne weitere Anbindung an das Verkehrsnetz zwar zu den Investitionen, ungenutzt führt diese Straße in der Praxis jedoch nicht zu einer Erweiterung der Kapazitäten.

Es kommt also darauf an, einzelne Investitionen nach ihrer Dringlichkeit und Sinnhaftigkeit zu beurteilen, um Prioritäten setzen zu können. Eine rein quantitative Betrachtung des Investitionsniveaus ist daher nicht hinreichend. Vielmehr kommt es auf die Qualität eines einzelnen Vorhabens an. Diese Prüfung ist auf Mikroebene vor Ort in den Städten und Gemeinden vorzunehmen. Bei einer makroökonomischen Schätzung der Folgen öffentlicher Investitionen bedarf es daher der Annahme, dass die aus den Investitionsentscheidungen resultierenden Effekte ein ähnliches Muster aufweisen wie im Durchschnitt der Vergangenheit.

Neben der Auswahl vielversprechender Investitionsvorhaben hängt der Wirkungsgrad von der praktischen Umsatzbarkeit ab. Wenn unzureichende Ressourcen zur Verfügung stehen, sei es quantitativ oder qualitativ, scheidet eine grundsätzlich sinnvoll erscheinende Investition. Beispielsweise können nicht genügend Bauunternehmen zur Verfügung stehen oder das Verhältnis von Preis und Leistung kann nicht stimmen. Abhängig ist dies vor allem von der Kapazitätsauslastung in einer Volkswirtschaft. In Deutschland ist das Verhältnis vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) zum Potenzialoutput, also der maximal möglichen Wirtschaftsleistung, Ende 2017 mit gut 87 Prozent so hoch wie im Vorkrisenjahr 2008. Darauf aufbauend stellt sich die Frage, welche makroökonomischen Auswirkungen der Anstieg der Staatsausgaben in den kommenden Jahren auf die Wirtschaftsaktivität in Deutschland hätte. Je stärker beispielsweise die Preise steigen, desto geringer fallen die realen Effekte mit Blick auf die Erweiterung der Kapazitäten aus.

2.1.2 Auswertung vorliegender Studien

Die empirische Literatur zu der Auswirkung öffentlicher Investitionen auf die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland belegt einen positiven, wenn auch eher geringen Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung. Im aktuellen Kontext untersuchen einige Autoren besonders die Auswirkung eines Investitionsprogramms auf die Wirtschaftslage in den anderen EU-Ländern. Hintergrund ist die Anregung der EU-Kommission, Deutschland solle aufgrund des bestehenden Leistungsbilanzüberschusses nicht zuletzt durch eine Ausdehnung der staatlichen Investitionen die eigene Binnennachfrage stärken, für positive Wachstumsimpulse im gesamten Euroraum sorgen und den Überschuss dadurch reduzieren (EU-Kommission, 2015).

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat in einer Studie die makroökonomische Auswirkung eines Investitionsprogramms in Höhe von 1 Prozent des BIP in den Jahren 2015 bis 2018 simuliert (BMWi, 2015). Die Autoren berücksichtigen bei der Entwicklung ihrer Szenarien die Optionen einer akkommodierenden Geldpolitik, das heißt, die Europäische Zentralbank (EZB) hält den Leitzins trotz der wirtschaftspolitischen Impulse aus Deutschland konstant und betont den unterdurchschnittlichen Importanteil öffentlicher Investitionen. Laut ihrer Berechnung liegt dieser bei ungefähr 23 Prozent. Da der Importanteil der Gesamtnachfrage bei 30 Prozent liegt, ist bei einer Ausdehnung der öffentlichen Investitionen mit geringeren Spillover-Effekten auf Drittländer zu rechnen als bei anderen nachfrageseitigen Impulsen. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Wirkung eines Investitionsprogramms sowohl auf die deutsche Wirtschaft als auch auf die europäischen Handelspartner eher moderat ausfallen dürfte. Da es sich um einen einmaligen Niveaueffekt bei der Erhöhung der öffentlichen Investitionen handelt, lässt der positive fiskalpolitische Impuls im Zeitverlauf nach. Während das BIP in Deutschland im ersten Jahr der Umsetzung um bis zu 1 Prozentpunkt höher als im Basisszenario liegt, sinkt der Effekt im vierten Jahr je nach Szenario auf nur noch 0,25 bis ungefähr 0,55 Prozent. Der höchste mittelfristige Anstieg des BIP wird hierbei beobachtet, wenn neben akkommodierender Geldpolitik und dem unterdurchschnittlichen Importanteil der öffentlichen Investitionen explizit berücksichtigt wird, dass das staatliche Investitionsprogramm einen Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks und somit des Produktionspotenzials impliziert. In anderen EU-Ländern beläuft sich der Spillover-Effekt auf vergleichsweise geringe 0,1 bis 0,3 Prozent des BIP im Durchschnitt der vier Jahre von 2015 bis 2018.

Ähnlich moderate Effekte wurden auch von Blanchard et al. (2014) im Rahmen einer DSGE-Simulation ermittelt. Die Effektstärke hängt ähnlich wie in der Studie des BMWi von dem Importanteil der Staatsausgaben und von der geldpolitischen Reaktion der EZB ab. Die Ökonomen der Deutschen Bundesbank unterstellen in einer Analyse ebenfalls einen Anstieg der öffentlichen Investitionen in Deutschland um 1 Prozent des BIP (das heißt ein Anstieg der Staatsinvestitionen um ungefähr 50 Prozent) und gehen der Frage nach, inwieweit die Mehrausgaben in Deutschland als eine Art Konjunkturprogramm für andere Länder dienen können (Deutsche Bundesbank, 2016). Sie zeigen, dass selbst bei einem Investitionsprogramm von diesem bemerkenswerten Volumen der Effekt auf die meisten Handelspartner eher gering ausfällt und sich auf maximal 0,4 Prozent des BIP beläuft. Dabei fällt der Effekt umso höher aus, je intensiver die Handelsverflechtung mit Deutschland ist. Auch die Ergebnisse einer Studie des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) zeigen, dass es einer unrealistisch hohen Ausdehnung öffentlicher Investitionen bedarf, um nennenswerte gesamtwirtschaftliche Effekte zu erzeugen (Boysen-Hogrefe et al., 2017). Hierbei betonen die Autoren, dass die Effekte wesentlich geringer ausfallen, sollte es zu einer Gegenfinanzierung des Ausgabenprogramms durch eine Steuererhöhung kommen. Sie untersuchen unter anderem die Auswirkung einer Steigerung der Investitionsquote Deutschlands in den Jahren 2018 bis 2027 um jeweils 1 Prozent in Relation zum BIP und simulieren die gesamtwirtschaftlichen Effekte mithilfe des makroökonomischen Weltmarktmodells NiGEM. Die Ergebnisse zeigen unter der Annahme einer endogenen Geldpolitik einen Anstieg des preisbereinigten BIP um bis zu 0,5 Prozent in den ersten vier Jahren.

Einen etwas anderen Ansatz wählen Krebs und Scheffel (2017) in ihrer Analyse zur Auswirkung öffentlicher Investitionen auf die Generationengerechtigkeit. Im Rahmen eines mikroökonomisch fundierten makroökonomischen Modells der deutschen Volkswirtschaft analysieren die Autoren den Effekt von zielgerichteten Investitionen in Infrastruktur, Hochschulen und Ganztagschulen sowie Ganztagsbetreuung in Kindertagesstätten. Ihre Ergebnisse weisen darauf hin, dass der Effekt von Investitionen in Schulen und Kindertagesstätten die höchste fiskalische Effizienz aufweist. Daraufhin plädieren die Autoren dafür, dass die Politik die vorhandenen fiskalischen Spielräume dementsprechend nutzen soll. Ihre Analyse weist auf eine wesentliche Schwachstelle von rein makroökonomischen Simulationen hin: die oben genannten unzureichenden Möglichkeiten, Produktionskapazitäten schaffende Staatsausgaben präzise abzugrenzen.

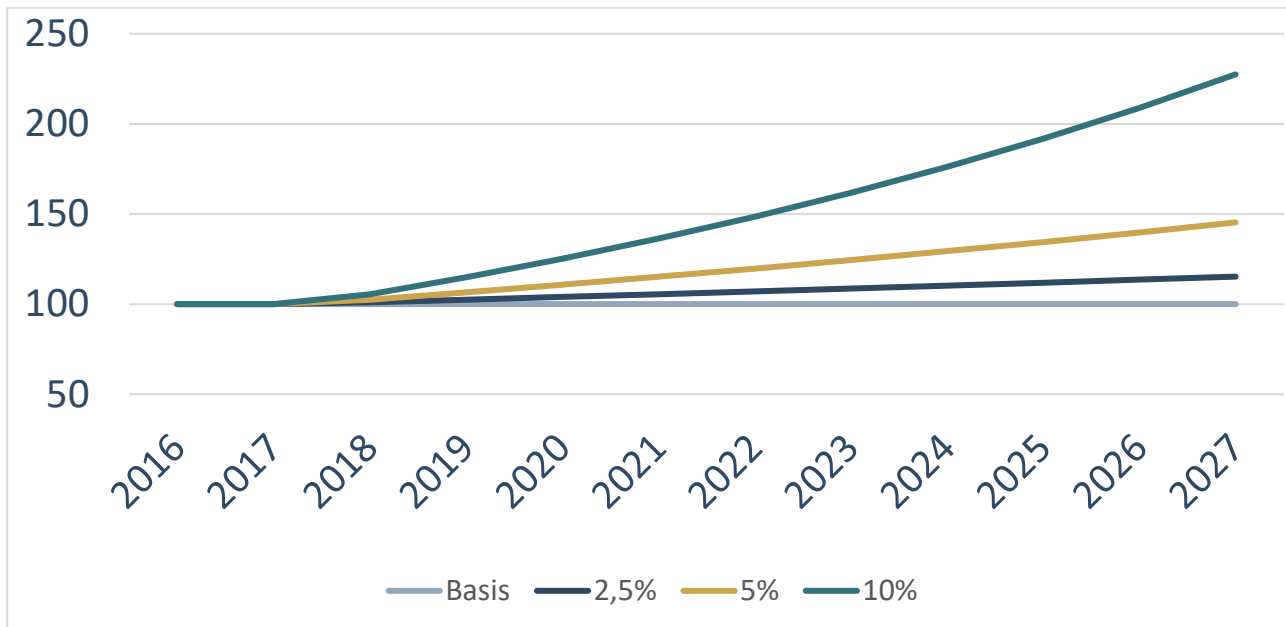
Die meisten Autoren untersuchen eine schlagartige Erhöhung der öffentlichen Investitionen, zum Beispiel in Höhe von 1 Prozent des BIP. Somit liegt ihren Analysen die Annahme zugrunde, dass sich in den nächsten Jahren sinnvolle Investitionsprojekte in der genannten Größenordnung finden lassen. Offenkundig besteht in Deutschland ein hoher Investitionsbedarf in den Bereichen Infrastruktur, Digitalisierung und Bildung. Im Folgenden wird die Auswirkung einer Steigerung öffentlicher Investitionen – ähnlich wie in den Studien der Deutschen Bundesbank und des BMWi – anhand eines makroökonomischen Weltmarktmodells analysiert. Dabei wird keine abrupte, sondern eine graduelle Zunahme der öffentlichen Investitionen unterstellt, da diese aus Kapazitäts- und Umsetzungsgründen realistischer erscheint. Aufgrund der fehlenden mikroökonomischen Fundierung müssen an dieser Stelle Umverteilungseffekte ausgeklammert werden. Zudem ist es kaum möglich, eine genaue Abgrenzung von Ausgaben investiven Charakters wie in der Analyse von Krebs und Scheffel (2017) vorzunehmen. Hingegen können aber die Spillover-Effekte auf Drittländer genauer analysiert und besonders Zweitrundeneffekte auf die deutsche Wirtschaft berücksichtigt werden.

3 Modellannahmen und Szenariendefinition

Um die gesamtwirtschaftlichen Effekte einer Ausweitung der staatlichen Ausgaben für Investitionsprojekte in Deutschland abzuschätzen, werden drei Szenarien für den Zeitraum 2018 bis 2027 analysiert: eine Erhöhung der preisbereinigten staatlichen Investitionsausgaben pro Jahr um 2,5 Prozent, um 5 Prozent und um 10 Prozent. In allen drei Szenarien wird unterstellt, dass es sich um eine kreditfinanzierte Ausgabenerhöhung handelt. Das heißt, der Staat gibt zusätzliches Geld aus, indem Haushaltsüberschüsse eingesetzt und bei Bedarf neue Kredite aufgenommen werden. Auf eine Steuererhöhung zur Ausgabenfinanzierung wird verzichtet. Die geschätzten Effekte werden in Relation zu einem Basisszenario dargestellt, bei dem die preisbereinigten Investitionsausgaben des Staates bis 2027 mit der durchschnittlichen Steigerungsrate der vergangenen 15 Jahre in Höhe von 1,0 Prozent pro Jahr zunehmen. Wird ein Wachstum der preisbereinigten staatlichen Investitionen von 5 Prozent jährlich unterstellt, so werden diese in zehn Jahren um etwa 45 Prozent höher sein als bei einem Wachstum von 1,0 Prozent. Bei einem Wachstum von 10 Prozent werden die Investitionen sogar um fast 130 Prozent höher liegen. Bei einer Steigerung um 2,5 Prozent würde der Wert im Jahr 2027 dagegen nur um 15 Prozent über dem Basisszenario liegen (Abbildung 3-1).

Abbildung 3-1: Szenarien für die Entwicklung öffentlicher Investitionen

Entwicklung der preisbereinigten öffentlichen Investitionen bei unterschiedlichen Wachstumsraten in Prozent des Werts im Basisszenario mit einem Wachstum von 1,0 Prozent jährlich (Durchschnitt 2003-2017)



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

An dieser Stelle ist zu betonen, dass die Anhebung öffentlicher Investitionen mit einer erheblichen Mehrbelastung für die Staatsfinanzen einhergeht. Eine Erhöhung der realen staatlichen Investitionen um 5 Prozent jährlich bedeutet in nominaler Rechnung zusätzliche Ausgaben für den Staatshaushalt von knapp 210 Milliarden Euro in zehn Jahren gegenüber dem Basisszenario. Selbst bei einer Erhöhung der Steigerungsrate öffentlicher Investitionen auf 2,5 Prozent ergibt sich ein Finanzierungsbedarf in nominaler Rechnung in Höhe von über 70 Milliarden Euro in zehn Jahren. Somit ist davon auszugehen, dass diese Mehrausgaben eine Konsolidierung in anderen Ausgabenbereichen erfordern würden.

Die Simulationen der gesamtwirtschaftlichen Effekte öffentlicher Investitionen werden mithilfe des OGEM durchgeführt. Das Modell erfasst die Wechselwirkungen innerhalb Deutschlands als Teil der Weltwirtschaft über ein empirisch und theoretisch fundiertes System von über 26.000 Gleichungen. Der Vorteil eines solchen Modells liegt darin, dass die Ergebnisse sowohl theoretisch als auch empirisch basiert sind, was die Schwachpunkte der rein empirischen Modelle (strukturvektorautoregressive Modelle) als auch der rein theoretischen Modelle (DSGE-Modelle) zumindest teilweise ausräumt. Das Modell ist monetaristisch in der langen Frist, sodass die Entwicklung von angebotsseitigen Faktoren wie dem Humankapital, dem Arbeitsangebot oder dem Kapitalstock bestimmt wird. In der kurzen Frist können hingegen auch Nachfrageschocks wie durch eine Veränderung der Investitionsausgaben des Staates das Niveau und somit auch das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion beeinflussen.

Dabei muss wie geschildert davon ausgegangen werden, dass die Politik genügend sinnvolle Investitionsvorhaben zum Beispiel im Schul- und Straßenbau identifizieren kann, die zu einer Erweiterung der volkswirtschaftlichen Kapazitäten führen. Da die Szenarien eine nur allmähliche

Steigerung der Investitionen unterstellen, stellt dies grundsätzlich eine realistische Annahme dar. Dies gilt auch deshalb, weil aufgrund zeitintensiver Planungs- und Genehmigungsverfahren eine entsprechende Verzögerung zwischen Haushaltsbeschluss, Mittelbereitstellung und Mittelabruf besteht, wie die Erfahrungen des Konjunkturpakets II zeigen.

Die Modellierung der Wirkung einer Investitionserhöhung im Rahmen des OGEM ist wie folgt: Die Ausweitung der staatlichen Investitionsausgaben führt in der Simulation zunächst über einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu einer zunehmenden Dynamik der wirtschaftlichen Aktivität, die sich in einem stärkeren Anstieg des BIP und einem Rückgang der Arbeitslosenquote widerspiegelt. Dies trägt zur Auslastung der Produktionskapazitäten Deutschlands bei, was mittelfristig einen Anstieg der Inflationsrate bedeutet und damit verbunden eine schnellere Zinserhöhung der EZB hervorrufen würde. Im Rahmen der Simulation wird aber untersucht, welche Effekte ohne eine Reaktion der EZB zu erwarten wären. Damit sind die Ergebnisse in Bezug auf Variablen wie das reale BIP als Obergrenze zu interpretieren. Langfristig steigern die zusätzlichen Ausgaben des Staates für Investitionsprojekte die gesamtwirtschaftlichen Anlageinvestitionen, was den gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock und somit auch den Potenzialoutput erhöht.

Neben einer variierenden Dynamik der Investitionsausgaben wird zunächst simuliert, inwieweit der makroökonomische Effekt von kreditfinanzierten Staatsausgaben sich unterscheidet, je nachdem, ob es sich um Investitionen, Konsumausgaben oder Transferzahlungen handelt. Dabei geht es um die Frage, ob die gesamtwirtschaftlichen Effekte von öffentlichen Investitionen sich nennenswert von den Wirkungen anderer Staatsausgaben unterscheiden. Zu diesem Zweck werden die Effekte einer Ausweitung des Staatskonsums, der Transferzahlungen und der staatlichen Investitionen um den gleichen absoluten Betrag simuliert.

4 Ergebnisse der Modellsimulationen

4.1 Vergleich der Effekte von Investitionen, Konsum und Transfers

Die kreditfinanzierte Ausweitung des staatlichen Konsums generiert nachfrageseitig Wachstumsimpulse, die besonders in der kurzen Frist zu einer Steigerung der Realeinkommen führen. Eine Erhöhung der Transferzahlungen bewirkt einen Anstieg des verfügbaren Einkommens, von dem sowohl die Ersparnisbildung als auch die privaten Konsumausgaben in die Höhe getrieben werden. Die nachfrageseitigen Wachstumsimpulse dürften geringer als bei der Ausweitung des Staatskonsums ausfallen, da der Anstieg der privaten Konsumausgaben aufgrund der parallel stattfindenden Ersparnisbildung geringer ist als bei den staatlichen Konsumausgaben. Im letzten Schritt werden die Investitionen des Staates ausgeweitet, was neben der nachfrageseitigen Steigerung der Wachstumsdynamik in gleicher Höhe wie im Fall einer Ausweitung des staatlichen Konsums auch den gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock und somit das Produktionspotenzial des Landes erhöht.

In allen drei Fällen wird hierbei unterstellt, dass es sich um eine Anhebung der durchschnittlichen Ausgaben des Staates handelt. Zwar ist es von entscheidender Bedeutung, welche Ausgaben konkret betroffen sind und welche Einkommensschichten besonders von der Erhöhung der

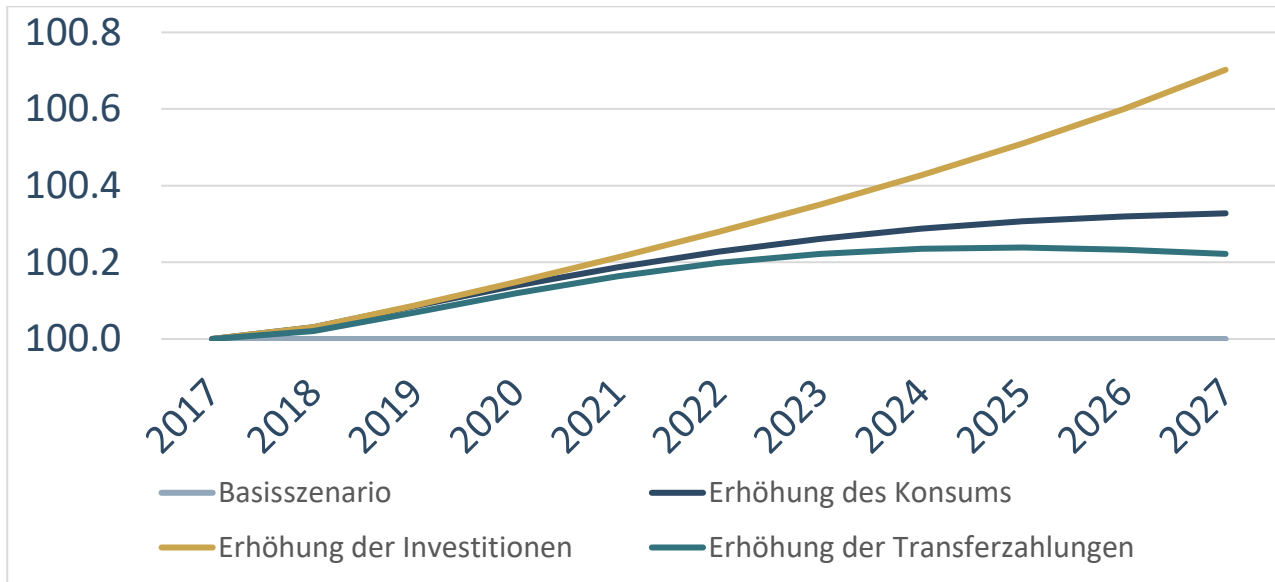
staatlichen Transfers profitieren, um die Effekte der entsprechenden Maßnahme genauer zu analysieren. Da solche Umverteilungsanalysen allerdings mit makroökonomischen Weltwirtschaftsmodellen wie dem OGEM nicht ohne weiteres möglich sind, wird an dieser Stelle allerdings unterstellt, dass es sich um eine Anhebung des Durchschnittswerts handelt und der Effekt von seiner Elastizität her ähnlich wie bei Programmen in der Vergangenheit ausfällt. Da Umverteilungseffekte durchaus eine relevante Rolle spielen, sind die Ergebnisse eher als grobe Einschätzung zu interpretieren. Bei allen drei Szenarien wird eine exogene Geldpolitik unterstellt, das heißt, die Ausgabenprogramme in Deutschland lassen den geldpolitischen Kurs der EZB unverändert, da es nicht absehbar ist, dass die EZB ihren geldpolitischen Kurs aufgrund einer Anhebung der öffentlichen Investitionen in einem Euroland ändert.

Um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den weiteren Simulationen in der Studie zu gewährleisten, wird hierbei von dem Basisszenario ausgegangen, in dem die realen Investitionsausgaben des Staates in der Zukunft um 1,0 Prozent jährlich zunehmen. Das erste Alternativszenario stellt den Anstieg der Investitionen um 5 Prozent jährlich dar. Das zweite Alternativszenario bezieht sich auf eine kreditfinanzierte Ausweitung der realen staatlichen Konsumausgaben um den gleichen absoluten Betrag. Das dritte Szenario stellt dann einen entsprechenden Anstieg der Transferzahlungen dar.

Alle drei Szenarien sind mit einem Anstieg des realen BIP verbunden. Während eine Ausdehnung der staatlichen Investitionen um 5 Prozent jährlich einen dauerhaften und zunehmenden Anstieg des realen BIP bewirkt, lässt der Effekt der anderen beiden Maßnahmen im zeitlichen Verlauf nach. Nach zehn Jahren liegt das reale BIP bei einer Investitionsausweitung um 0,7 Prozent höher. Das ist eine mehr als doppelt so große Steigerung wie bei den anderen Alternativszenarien. Die gesamtwirtschaftliche Leistung, gemessen am realen BIP, liegt bei einer Ausdehnung der Konsumausgaben oder der Transferzahlungen nach zehn Jahren lediglich um 0,3 oder 0,2 Prozent über dem Niveau im Basisszenario (Abbildung 4-1).

Abbildung 4-1: Effekte der Ausweitung öffentlicher Ausgaben

Entwicklung des preisbereinigten BIP bei einem Anstieg der öffentlichen Investitionen um 5 Prozent jährlich und eines entsprechenden absoluten Anstiegs des staatlichen Konsums und der Transferzahlungen relativ zum Basisszenario mit einem Wachstum von 1,0 Prozent jährlich (Durchschnitt 2003-2017)



Quellen: Oxford Economics; Institut der deutschen Wirtschaft

Der kräftige Anstieg kommt dadurch zustande, dass das Investitionsprogramm auch eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten bewirkt, sodass das Produktionspotenzial nach zehn Jahren um fast 0,8 Prozent über dem Wert im Basisszenario liegt. In den anderen zwei Szenarien führt zwar der fiskalische Impuls zu einer leichten Belebung der privaten Investitionstätigkeit, sodass auch hier ein Anstieg des Produktionspotenzials zu verzeichnen ist. Doch der Anstieg liegt im Fall einer Ausweitung der Transferzahlungen bei ungefähr 0,1 Prozent und bei einer Ausdehnung des staatlichen Konsums bei knapp 0,2 Prozent. Damit fällt der Effekt wesentlich geringer aus als im Fall einer Erhöhung staatlicher Investitionen. Dies bremst auch die langfristige Auswirkung der Ausgabenprogramme auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Deutschland und treibt zusätzlich die Verbraucherpreise in die Höhe, sodass diese nach zehn Jahren im Fall einer Erhöhung der Transferzahlungen um 2,0 Prozent und im Fall einer Konsumsteigerung des Staates um 2,4 Prozent über dem Niveau des Basisszenarios liegen. Auch ein Investitionsprogramm führt aufgrund ausgereizter Produktionskapazitäten zu einem stärkeren Preisanstieg. Da dieses allerdings auch neue Kapazitäten schafft, fällt der Preisanstieg mit knapp 1,7 Prozent geringer aus.

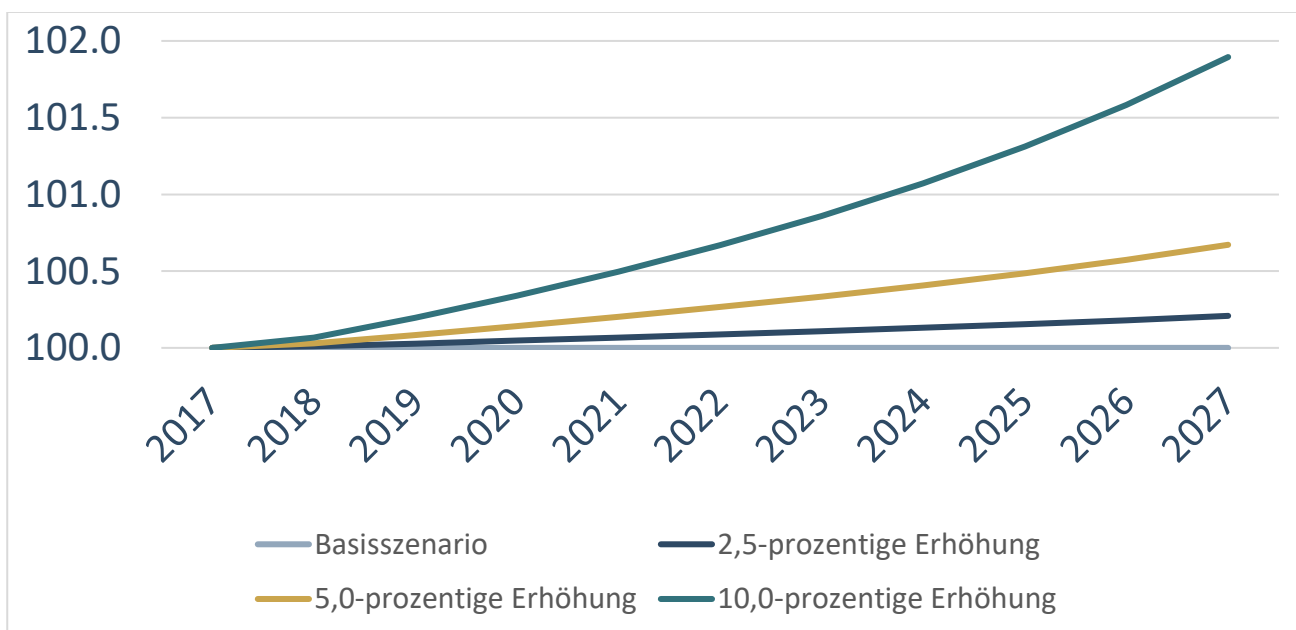
Der stärkere Preisanstieg sowie die fehlende Kapazitätsausweitung sind wesentliche Faktoren, die die gesamtwirtschaftlichen Effekte auf das BIP im Fall eines Anstiegs des staatlichen Konsums und der Transferzahlungen ausbremsen. Dies belegt die Vorteilhaftigkeit öffentlicher Investitionen gegenüber staatlichen Konsumausgaben oder Transferzahlungen.

4.1.1 Ausmaß einer Investitionsausdehnung

Davon ausgehend stellt sich die Frage nach dem zielgerichteten Ausmaß einer Erhöhung investiver Ausgaben. Grundsätzlich gilt, je stärker die Ausweitung der Staatsinvestitionen ausfällt, umso höher ist die Wachstumsrate des BIP (Abbildung 4-2). Allerdings ist eine erhebliche Steigerung der staatlichen Investitionen nötig, um die gesamtwirtschaftliche Dynamik spürbar zu beeinflussen. So führt eine Steigerung des jährlichen Wachstums öffentlicher Investitionen von 1,0 auf 2,5 Prozent zu einem Anstieg des preisbereinigten BIP um lediglich 0,2 Prozent nach zehn Jahren gegenüber dem Basisszenario. Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass die öffentlichen Investitionen derzeit nur ungefähr 2,1 Prozent des BIP ausmachen. Zum Vergleich: Der Staatskonsum steht für fast 20 Prozent des BIP. Werden die staatlichen Investitionen um 5 Prozent jährlich erhöht, so ist das preisbereinigte BIP in zehn Jahren – wie bereits in Abbildung 4-1 gezeigt – um 0,7 Prozent höher, was in etwa einem preisbereinigten Betrag von etwa 23 Milliarden Euro in Preisen des Jahres 2010 entspricht. Bei einer Steigerung der Investitionen um 10 Prozent beläuft sich der Anstieg des realen BIP nach zehn Jahren auf 1,9 Prozent oder knapp 62 Milliarden Euro gegenüber dem Basisszenario.

Abbildung 4-2: BIP-Effekte der Ausweitung öffentlicher Investitionen

Entwicklung des preisbereinigten BIP bei einem Anstieg der öffentlichen Investitionen um 2,5 Prozent / 5 Prozent / 10 Prozent jährlich – jeweils relativ zum Basisszenario eines Anstiegs der Investitionen von 1,0 Prozent jährlich



Quellen: Oxford Economics; Institut der deutschen Wirtschaft

Im Gegensatz zu anderen Studien, bei denen eine einmalige Erhöhung von 1 Prozent des BIP oder fast 50 Prozent des aktuellen Investitionsvolumens unterstellt wird (u. a. Deutsche Bundesbank, 2016), wird bei den vorliegenden Simulationen eine graduelle Anpassung des Niveaus der öffentlichen Investitionen angenommen, was die Umsetzbarkeit durch den Ausbau der Kapazitäten erleichtern dürfte. Allerdings stellt sich mit Ausdehnung der Investitionen zunehmend die Frage, inwieweit ein Investitionsprogramm in dieser Höhe sinnvoll und umsetzbar ist. Die Frage der Priorisierung von Investitionsvorhaben bleibt nach wie vor offen, zumal es in vielen

Fällen vorteilhaft sein kann, Investitionsprojekte in Kooperation mit privatwirtschaftlichen Betrieben umzusetzen oder diese sogar ganz einer marktwirtschaftlichen Lösung zu überlassen (Puls/Schaefer, 2017).

Zudem stellt sich mit einer steigenden Wachstumsrate der öffentlichen Investitionen die Frage nach der Finanzierbarkeit. Zwar werden aktuell aufgrund der guten konjunkturellen Lage Überschüsse in der Staatskasse erzielt – nach voraussichtlich 32 Milliarden Euro in 2017 wird für das Jahr 2018 ein positiver Finanzierungssaldo von über 40 Milliarden Euro prognostiziert (IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2017). Weiterhin dürfte der fiskalpolitische Impuls das Einkommen positiv beeinflussen und somit auch zu einer Steigerung der Staatseinnahmen führen. Die Staatsverschuldung ist allerdings im Fall eines jährlichen Wachstums kreditfinanzierter staatlicher Investitionen um 5 Prozent nach zehn Jahren um etwa 2,2 Prozentpunkte gemessen am BIP höher als im Basisszenario. Dies gilt unter Berücksichtigung des Effekts steigender Steuereinnahmen. Bei einer jährlichen Ausdehnung der öffentlichen Investitionstätigkeit um 10 Prozent liegt die Staatsverschuldung nach zehn Jahren sogar um 5,6 Prozentpunkte höher (Tabelle 4-1).

Tabelle 4-1: Effekte der Ausweitung öffentlicher Investitionen

Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Variablen bei einem Anstieg der öffentlichen Investitionen um jährlich 2,5 Prozent / 5 Prozent / 10 Prozent – jeweils relativ zum Basisszenario mit einem Anstieg der Investitionen von 1,0 Prozent jährlich

	Investitionssteigerung ... Prozent jährlich					
	2,5		5,0		10,0	
Nach ... Jahren	5	10	5	10	5	10
Reales BIP (Prozent)	0,1	0,2	0,3	0,7	0,7	1,9
Verbraucherpreisindex (Prozent)	0,1	0,6	0,4	1,7	0,8	4,6
Staatsverschuldung (Prozentpunkte des BIP)	0,2	0,8	0,5	2,2	1,3	5,6
Produktionspotenzial (Prozent)	0,1	0,3	0,2	0,8	0,4	2,0
Leistungsbilanzsaldo (Prozentpunkte des BIP)	-0,1	-0,3	-0,3	-0,9	-0,7	-2,4

Quellen: Oxford Economics; Institut der deutschen Wirtschaft

Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Finanzierungslücke bei einer kreditfinanzierten Ausweitung des staatlichen Konsums oder der Transferzahlungen wesentlich höher ausfällt. Sollte das Ausgabenprogramm des Staates nicht kredit-, sondern steuerfinanziert erfolgen, dürfte der positive Impuls auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität wesentlich geringer ausfallen, unabhängig davon, welcher Ausgabenposten ausgeweitet wird.

Die Ausweitung der öffentlichen Investitionen steigert das Einkommen der privaten Haushalte und der private Verbrauch nimmt im Vergleich zum Basisszenario zu. Damit verbunden ist allerdings, wie bereits erläutert, auch ein stärkerer Anstieg der Verbraucherpreise. Bei einer Steigerung der Investitionen um jährlich 2,5 Prozent liegen die Verbraucherpreise im Jahr 2027 zwar

lediglich um 0,6 Prozent höher als im Basisszenario. Bei einer stärkeren Ausweitung kommt es allerdings zu einer überproportional steigenden Inflation: Bei einer 5-prozentigen jährlichen Steigerung liegen die Verbraucherpreise nach zehn Jahren um 1,7 Prozent, bei einer 10-prozentigen Steigerung um 4,6 Prozent höher. Dabei fällt der Effekt relativ stark aus, weil die bestehenden Kapazitäten, zum Beispiel von Baufirmen, stark ausgelastet sind (IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2017) und der Nachfrageüberhang so die Inflation anheizt, was bei einer Betrachtung der preisbereinigten Größen mit erfasst ist. Eine unbegrenzte Ausweitung der öffentlichen Investitionen ist daher nicht nur kaum umsetzbar, sondern auch aus theoretischer Sicht nicht zielführend.

Der mit der zunehmenden Kapazitätsauslastung verbundene Preis- und damit auch Lohnanstieg führt zu einer Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit, sodass die Exporte in der langen Frist eine gebremste Entwicklung erfahren, wenn der Staat die eigene Investitionstätigkeit verstärkt ausweitet. Die Importe steigen hingegen recht dynamisch, sodass sich durch das Investitionsprogramm eine schnellere Reduktion des Leistungsbilanzüberschusses ergibt. Doch auch hier ist der Effekt erst bei einem erheblichen Anstieg der Ausgaben von nennenswerter Größe. Wird die Wachstumsrate der realen öffentlichen Investitionen im Vergleich zum Durchschnitt der vergangenen 15 Jahre auf 2,5 Prozent mehr als verdoppelt, so ist der Leistungsbilanzüberschuss nach zehn Jahren gemessen am BIP um 0,3 Prozentpunkte geringer als im Basisszenario. Selbst bei einem Wachstum der realen Staatsinvestitionen von 5 Prozent jährlich ist der Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses nach zehn Jahren nur um 0,9 Prozentpunkte höher als im Basisszenario. Ein wesentlicher Effekt ergibt sich aus einer Steigerungsrate der öffentlichen Investitionen von 10 Prozent. Doch diese ist, wie bereits erörtert, kaum zu realisieren und nicht erstrebenswert. Da die staatlichen Investitionen nur einen geringen Anteil am BIP ausmachen, stellt ihre Ausweitung keine Lösung im Rahmen der Leistungsbilanzdebatte dar.

Zudem ist zu bedenken, dass dem Modell die Annahme zugrunde liegt, dass der Importanteil bei staatlichen Investitionen genauso hoch ist wie im Durchschnitt der anderen BIP-Komponenten auf der Verwendungsseite. Diese Annahme wurde allerdings bereits oft infrage gestellt, denn staatliche Investitionen, wie beispielsweise die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, entfallen in der Regel weniger auf Importgüter und vielmehr auf inländische Waren und Dienstleistungen (BMW, 2015). Somit ist davon auszugehen, dass die Auswirkung der oben beschriebenen Investitionsprogramme auf die Importe und somit auf den Leistungsbilanzüberschuss in der Realität noch geringer ausfallen.

5 Fazit und Handlungsempfehlungen

Ein funktionierendes Bildungssystem und eine moderne Infrastruktur bilden die Voraussetzung für künftiges Wirtschaftswachstum in Deutschland. Aus diesem Grund ist eine Verwendung der Staatseinnahmen für Investitionszwecke grundsätzlich vorteilhaft gegenüber einer Verwendung für Konsum oder Transferzahlungen, wie die Ergebnisse der Simulationsrechnungen zeigen. Im Sinne einer langfristig soliden Haushalts- und Finanzpolitik stehen die drei Verwendungsmöglichkeiten in unmittelbarer Konkurrenz zueinander. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, eine Überprüfung der Ausgabenstruktur des Staates vorzunehmen.

In der Vergangenheit hat der Staat die öffentlichen Investitionen über viele Jahre vernachlässigt. Vor diesem Hintergrund sollte eine neue Bundesregierung einen Teil der Staatsausgaben in den Investitionsbereich umschichten und sich bei Konsum und Transferzahlungen auf das Erforderliche beschränken. Auch aus sozialpolitischer Sicht ist es unerlässlich, die Investitionen zu stärken, da dadurch die Wirtschaftskraft in der Zukunft und in der Folge auch die Verteilungsmasse erhöht werden. Dabei ist es jedoch wichtig, auf Mikroebene die Sinnhaftigkeit eines jeden Investitionsvorhabens zu prüfen. Aufgrund der Begrenztheit der finanziellen Mittel sollten die Investitionen mit dem größten Wirkungspotenzial Priorität genießen. Dies kann allerdings auch bedeuten, dass nicht jede politisch wünschenswerte Modernisierungsmaßnahme umgesetzt wird. Kosten und Nutzen geplanter Investitionsprojekte sind im Einzelfall abzuwägen.

Werden die staatlichen Investitionen bis 2027 um 5 Prozent jährlich erhöht, so ist das preisbereinigte BIP in zehn Jahren um gut 0,7 Prozent höher als bei einer Fortführung des Wachstums der Vergangenheit. Eine übermäßige Investitionsausweitung hätte jedoch auch negative Effekte für die deutsche Volkswirtschaft. Denn die derzeit hohe Kapazitätsauslastung in den Unternehmen würde zu nennenswerten Preisanstiegen führen, sodass die realen Effekte vergleichsweise gering ausfielen. Bei einer Steigerung der Investitionen um jährlich 5 Prozent liegen die Verbraucherpreise im Jahr 2027 um 1,7 Prozent höher als im Basisszenario. Ein Teil der Investitionsausgaben würde daher eine reale Wirkung verfehlen. Bei einer 10-prozentigen Steigerung beträgt der Preiseffekt sogar rund 4,6 Prozent. Ein Nebeneffekt steigender Preise wäre ein Verlust der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Zudem stiege die Staatsverschuldung stärker.

Ein kurzfristig zu starker Ausbau der öffentlichen Investitionen entspräche daher keiner nachhaltigen Verwendung von Steuereinnahmen. Das Ziel muss vielmehr lauten, den Pfad der Investitionsausgaben gleichmäßig und dauerhaft zu erhöhen. So könnte das Produktionspotenzial nachhaltig erhöht werden, wovon auch der Staatshaushalt profitieren würde. Aktuelle Haushaltsüberschüsse sollten dagegen nicht zuletzt zur Schuldentilgung verwendet oder den Steuerzahlern in Form von Entlastungen zurückgegeben werden. Alternativ wäre der Aufbau einer Rücklage zur Abfederung der Haushaltswirkungen des demografischen Wandels in Erwägung zu ziehen.

Literatur

AfD, 2017, PROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND, Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23.4.2017, Berlin

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael / Hentze, Tobias / Puls, Thomas, 2017, Investieren Staat und Unternehmen in Deutschland zu wenig? Bestandsaufnahme und Handlungsbedarf, IW-Analysen, Nr. 118, Köln

Blanchard, Olivier / Erceg, Christopher J. / Lindé, Jesper, 2014, The Euro Area Recovery: Should the Core Expand Spending to Help the Periphery?, ECB Conference Paper, <https://www.ecb.europa.eu/events/pdf/conferences/141211/Paper9BlanchardErcegandLinde.pdf?51f14a0f304b372d57a88de7adcb92ce> [24.11.2017]

BMF – Bundesministerium der Finanzen, 2017, Öffentliche Investitionen vor einem anhaltenden Aufschwung?, in: Monatsbericht des BMF, Mai, S. 26–35

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2015, Auswirkungen höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums – Ergebnisse modellgestützter Simulationen, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik (Monatsbericht 07/2015), <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Monatsbericht/Monatsbericht-Themen/07-2015-auwirkungen-oeffentlicher-investitionen.html> [24.11.2017]

Boysen-Hogrefe, Jens et al., 2017, Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik: Wirkungen auf die deutsche Leistungsbilanz, Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik, <https://www.ifw-kiel.de/pub/wipo/volumes/wipo11.pdf> [27.11.2017]

Bündnis90/Die Grünen, 2017, ZUKUNFT WIRD AUS MUT GEMACHT, Bundestagswahlprogramm 2017, Berlin

CDU/CSU, 2017, Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben, Regierungsprogramm 2017–2021, o. O.

Deutsche Bundesbank, 2016, Zu den internationalen Ausstrahlwirkungen einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen in Deutschland, in: Monatsbericht, August, S. 13–17

DIE LINKE, 2017, Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017, beschlossen auf dem Bundestagswahlparteitag, 9. bis 11. Juni, Hannover

EU-Kommission, 2015, Länderspezifische Empfehlungen: Deutschland soll mehr investieren, https://ec.europa.eu/germany/news/l%C3%A4nderspezifische-empfehlungen-deutschland-soll-mehr-investieren_de [24.11.2017]

FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2017, Die Bildungsrepublik Deutschland verfehlt ihre Ziele, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/iw-in-sm-bund-und-laender-investieren-zu-wenig-in-bildung-15151224.html> [7.12.2017]

FDP, 2017, Denken wir neu, Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017: „Schauen wir nicht länger zu“, Berlin

IW-Forschungsgruppe Konjunktur, 2017, Die deutsche Konjunktur am Limit? Fachkräftemangel als Wachstumsbremse, IW-Konjunkturprognose Herbst 2017, in: IW-Trends, 44. Jg., Online-Sonderausgabe 2.2017, S. 3–49

Krebs, Tom / Scheffel, Martin, 2017, Öffentliche Investitionen als Garant der Generationengerechtigkeit, Wirtschaftsdienst, 97. Jg., 2017, Nr. 1, S. 40–44

OGEM – Oxford Global Economic Model, 2017, <http://www.oxfordeconomics.com/forecasts-and-models/countries/scenario-analysis-and-modeling/global-economic-model/software> [7.12.2017]

Puls, Thomas / Schaefer, Thilo, 2017, ÖPP – eine Linderung, keine Lösung, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 66. Jg., Nr. 3, S. 257–265

SPD, 2017, Zeit für mehr Gerechtigkeit, Unser Regierungsprogramm für Deutschland, Berlin und Lübeck

Statistisches Bundesamt, 2017a, Vierteljährliche Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts, 1.–4. Vierteljahr 2016, Fachserie 14, Reihe 2, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2017b, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung. Detaillierte Jahresergebnisse 2016, Fachserie 18, Reihe 1.4, Wiesbaden

Zeit Online, 2017, SPD fordert Investitionspflicht für den Staat, <http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-07/martin-schulz-spd-wahlprogramm-investitionspflicht> [7.12.2017]

Abstract

Macroeconomic effects of public investments – simulative calculation for Germany

In general, higher public expenses might contribute to a better economic development in Germany. Especially, public investments can enlarge the production capacities of an economy and lead to higher real incomes in the long run. Recently, an investment deficit which compromises the growth potential in Germany can be observed in the fields of fiber optic cable networks, transport infrastructure and education. In this context, more public investments might be reasonable in order to facilitate a sound economic development.

In this regard, a simulative calculation rendered by applying the Oxford Global Economic Model (OGEM) yields the following results for Germany: Due to the already high degree of capacity utilization, a very strong increase of government investment expenditures would also result in significantly higher prices. This implies that the real economic effects of public investments would be substantially dampened. Furthermore, the competitiveness of German companies would be weakened. However, the adverse effects of increased public transfer payments and government consumption expenditures are even larger compared to public investments.

In conclusion, more public investments can generally be the right choice to strengthen the attractiveness of Germany as a business location. Against the background described above, it might, however, be more suitable to use the current budgetary surplus in terms of debt reduction or a structural tax reform.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 4-1: Effekte der Ausweitung öffentlicher Investitionen15

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Investitionsquote der öffentlichen Hand.....6
Abbildung 3-1: Szenarien für die Entwicklung öffentlicher Investitionen10
Abbildung 4-1: Effekte der Ausweitung öffentlicher Ausgaben.....13
Abbildung 4-2: BIP-Effekte der Ausweitung öffentlicher Investitionen14